

Der Bund bestellt. Sie zahlen.

Eine Glosse über Kraftwerke, Milliarden und die deutsche Kunst, vorhandene Lösungen zu übersehen

Es gibt in Deutschland zwei Arten, ein Problem zu lösen. Die erste ist: Man nimmt, was da ist, baut es um und macht es besser. Die zweite ist: Man erklärt, was da ist, für unzuständig, schreibt ein Gesetz und baut etwas Neues. Die zweite Methode ist teurer. Deshalb gilt sie als seriöser.

Nun brauchen wir gesicherte Kraftwerksleistung. Das ist richtig. Wenn der Wind nicht weht und die Sonne Feierabend hat, muss jemand arbeiten. Frau Reiche hat dafür Gaskraftwerke vorgesehen. Große. Neue. Teure. Das hat den Vorteil, dass man sie gut fotografieren kann.

Man hat sich, so scheint es, sehr gründlich mit Alternativen beschäftigt. Man hat Argumente gegen Batterien gesucht. Man hat Anforderungen formuliert. Man hat Bedingungen in das Gesetz geschrieben. Und am Ende ist ein Verfahren herausgekommen, das „technologieoffen“ heißt, ungefähr so, wie ein Klub „offen“ heißt, wenn am Eingang nur Leute mit dem richtigen Hut hineindürfen.

Die Sache könnte für zehn Gigawatt installierte Leistung bis zu 2,44 Milliarden Euro im Jahr kosten. Über fünfzehn Jahre macht das bis zu 36 Milliarden Euro. Das ist viel Geld. Selbst in Berlin.

Nun werden Sie fragen: Wo steht das im Haushalt?

Nirgends.

Das ist der schöne Teil.

Der Bund bestellt. Der Stromkunde zahlt.

Über eine Umlage. Umlagen sind eine großartige Erfindung. Steuern machen misstrauisch. Haushaltsausgaben machen den Rechnungshof nervös. Eine Umlage dagegen kommt still mit der Stromrechnung. Sie trägt keinen Zylinder, hält keine Rede und wird trotzdem bezahlt.

Natürlich ist es grundsätzlich vernünftig, die Nutzer der Versorgungssicherheit an deren Kosten zu beteiligen. Aber wer 36 Milliarden Euro auf fremde Rechnung ausgibt, darf gelegentlich fragen, ob es dasselbe auch günstiger gibt.

Diese Frage scheint in Berlin als unhöflich zu gelten.

Denn es gibt kleinere Kraftwerke. Es gibt Batterien. Und es gibt Tausende Biogasanlagen, die schon da sind. Mit Motoren, Leitungen, Netzanschlüssen, Speichern, Fachleuten und Brennstoff. Man müsste sie umbauen, flexibilisieren und dann laufen lassen, wenn Strom knapp ist.

Also genau dann, wenn die neuen Gaskraftwerke laufen sollen.

Das ist verdächtig einfach.

Das Problem der Biogasanlagen ist nicht, dass sie keinen Strom erzeugen können. Ihr Problem ist, dass sie erneuerbaren Strom erzeugen. Dafür gibt es das EEG. Und weil es das EEG gibt, passen sie nicht recht in das StromVKG. In Deutschland hat jede Lösung ihr zuständiges Gesetz. Und wehe, sie löst ein Problem aus dem Nachbarressort.

Man könnte nun sagen: Dann bringt man die Gesetze zusammen.

Bitte keine Unruhe.

Besonders hübsch wird es beim EEG 2027. Dort soll Biogas künftig nur noch in einem kleineren Teil der Jahresstunden Strom erzeugen. Das ist systemisch vernünftig. Eine Biogasanlage soll nicht das ganze Jahr gemütlich vor sich hin tuckern. Sie soll springen, wenn Wind und Sonne fehlen.

Aus dem Dauerläufer wird ein Sprinter.

Wenn er aber nur ein Viertel der Zeit läuft und trotzdem dieselbe Strommenge liefern soll, braucht er ungefähr die vierfache Leistung. Das ist keine Lobbythese. Das ist die Grundrechenart, die nach dem kleinen Einmaleins kommt.

Doch offenbar will man die Laufzeit verkürzen, ohne die Leistung entsprechend wachsen zu lassen. Dann sinkt die Strommenge. Überraschend ist daran nur, dass man später überrascht sein wird.

So könnten in wenigen Jahren große Teile der heutigen Biogas-Stromproduktion verschwinden – während gleichzeitig Milliarden ausgegeben werden, um neue regelbare Kraftwerke zu bauen.

Man reißt also die Speisekammer ab und bestellt anschließend Essen von außerhalb.

Biogas ist heimisch, speicherbar, regelbar und weitgehend unabhängig von internationalen Lieferketten. Die Anlagen stehen dezentral im Land. Ihr Umbau könnte ein erhebliches Potenzial regelbarer Leistung erschließen – perspektivisch weit über zehn Gigawatt.

Man braucht diese Leistung nicht ständig. Das ist ihr Sinn. Einen Regenschirm wirft man auch nicht weg, weil es gestern trocken war.

Das Parlament könnte die Sache noch ordnen. Es könnte das StromVKG beschließen und zugleich dafür sorgen, dass nach der Sommerpause das EEG die vorhandenen Potenziale erschließt. Nicht Gaskraftwerk gegen Batterie. Nicht Batterie gegen Biogas. Sondern Wettbewerb um die günstigste, sicherste und klimaverträglichste Lösung.

Das wäre technologieoffen.

Man müsste das Wort dann allerdings ernst nehmen.

Der Tod der Biogasbranche wäre schlecht für Versorgungssicherheit, Klimaschutz und den ländlichen Raum. Ihr Umbau zu Speicherkraftwerken dagegen könnte Investitionen, Aufträge und Beschäftigung auslösen.

Ein Konjunkturfeuerwerk also.

Nur eines, das Strom erzeugt.

Und keine Milliarden verbrennt.